Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 49. Freitag, den 27. Februar 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Eine Konferenz der Alliierten zum Bericht der Militärkontrolleure über Deutschlands Abrüstung ist für Mitte oder Ende März geplant. Dazu soll Deutschland eingeladen werden. Angeblich ist Frankreich einverstanden.

* Das Befinden des wegen Blinddarmentzündung operierten Reichspräsidenten Ebert ist den Umständen entsprechend zufriedenstellend.

* Nach dem Auszug der Verteidiger im Leipziger Tschekaprozeß infolge Konflikts mit dem Gerichtsvorsitzenden haben die Angeklagten nunmehr begonnen, auf keine Frage mehr zu antworten.

Antideutsche Stimmungsmache.

In einem Telegramm aus Amerika, das von dem Korrespondenten einer großen deutschen Zeitung nach Berlin gerichtet worden ist, steht der Satz: „Die hiesigen Freunde Deutschlands sind erstaunt über die Hilflosigkeit, mit der man in Berlin der eifrigen Propaganda der alliierten Kontrolloffiziere bei den amerikanischen Korrespondenten in Deutschland anscheinend gegenübersteht; mit einer gehörigen Dosis Unternehmungslust wäre mancher Schaden zu verhüten."

Das ist ein Satz, der gerade jetzt um so schmerzlicher ist, weil von einer Propaganda Deutschlands im Auslande so unendlich viel abhängt. Fast ist man schon der Meinung, daß die unerträgliche Hinausziehung der Veröffentlichung der Kontrollnote ein bewußtes Spiel ist, um nämlich der antideutschen Propaganda den Boden aufzuackern für die paar Körner, die jene Kontrollnote hineinzustreuen vermag. Ganz bewußt stürzt man sich jetzt auf das Schlagwort der geistigen Mobilisierung Deutschlands. Ganz abgesehen davon noch, daß „selbstverständlich" der deutsche Generalstab neu organisiert, die Schutzpolizei weit über den erlaubten Bestand hinaus vermehrt sei und einen vollständig militärischen Charakter trage. Daß „selbstverständlich" Deutschland seine Ostfestungen noch nicht abgerüstet habe, „natürlich", um mit Rußland zusammen gegen Polen vorgehen und zu diesem Zweck in den Festungen starke Rückhalte haben zu können. Das „Selbstverständlich" und das „Natürlich" wird so oft gebraucht, daß die amerikanischen Leser die albernsten Geschichten aus Deutschland glauben, wenn nur eins von diesen beiden Worten davorsteht.

Aber von einer deutschen Verteidigung liest man nichts in jenen amerikanischen Blättern. Die Erklärung des Reichskanzlers Dr. Luther, warten zu wollen mit der Antwort auf die uns gemachten Vorwürfe hinsichtlich einer angeblichen Nichtausführung der Versailler Entwaffnungsbestimmungen, ist amtlich korrekt. Ob aber auch politisch? Wir kommen auch jetzt wieder — wie immer — propagandistisch zu spät, wenn wir uns wieder einmal damit begnügen wollen, zu verteidigen. Die beste Verteidigung ist immer noch der Angriff gewesen und namentlich auf einem Felde, das so leicht der Bearbeitung offensteht wie das der sogenannten „öffentlichen Meinung". Oder des „Weltgewissens", oder wie man sonst dieses Objekt politischer Propagandatätigkeit nennen mag.

Schon jetzt steht zweifellos fest, daß wir ganz bedenklich ins Hintertreffen geraten sind, gehemmt durch allerhand Erwägungen, die zwar sehr ehrenwert, aber vielleicht unpraktisch sind. Dabei ist unsere Position bei diesem Kampfe eigentlich gar nicht schlecht, weil hier ein von der Entente kaum noch geleugneter Bruch des Versailler Vertrages vorliegt. Ein Bruch auch des Dawes-Abkommens. Und wenn man mit allen Mitteln modernster Nachrichtenvermittlung und -übermittlung diese beiden Gesichtspunkte namentlich in Amerika geltend machen würde, so würde man einfache Tatsachen verkünden.

Und das wird alles dadurch erleichtert, daß wir die Korrespondenten ausländischer Blätter doch jetzt recht zahlreich in Deutschland versammelt sehen, nicht zuletzt solche neutraler Zeitungen. Auch was man früher gegen die Möglichkeit solcher Propaganda im Ausland vorgebracht hat, nämlich die finanzielle Unmöglichkeit, angesichts der tiefstehenden deutschen Valuta die Kosten solcher Propaganda aufbringen zu können, trifft ja jetzt nicht mehr zu. Und Geld, das für eine solche Propaganda in geschickter Form verwendet wird, lohnt sich überaus. Fehlt es uns denn etwa an der notwendigen Begabung? An Büchern über die Propaganda, an Hinweisung auf die gemachten Fehler fehlt es wahrhaftig nicht, und so unbegabt sind wir Deutsche schließlich doch nicht, um aus diesen Fehlern nicht lernen zu können, wie es besser gemacht werden soll. Grundsätzlich hält sich die gegnerische Presse niemals an jenen korrekten Standpunkt, den unsere Regierung auch jetzt wieder dem Inhalt der Kontrollnote gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. Grundsätzlich halten sich daran auch jene Organe nicht, denen nach deutschen Begriffen Verschwiegenheit eine Pflicht sein müßte, also in diesem Falle die Kontrolloffiziere der Entente. Wer weiß denn, ob nicht die Mitteilungen des Generals Morgan auf diesem Inhalt fußen, und wer denkt nicht daran, daß Herriot selbst doch neulich in der Kammer Mitteilungen machte, die zweifellos dem Kontrollbericht entnommen sind!

Allzusehr sind wir Deutschen noch gewöhnt, uns der politischen Führung durch die Regierung zu überlassen

Anhörung Deutschlands.

Konferenz über den Kontrollbericht.

Berlin, 25. Februar.

Nachrichten aus London lassen es sehr wahrscheinlich erscheinen, daß in einigen Wochen in Brüssel eine Konferenz der alliierten Mächte über den Kontrollbericht der Militärkommission zur Entwaffnung in Deutschland stattfindet. Die französische Regierung soll bereits ihre Zustimmung zur Konferenz gegeben haben und einverstanden sein, daß Deutschland eingeladen wird, sobald die Alliierten untereinander einig seien. Der englische Außenminister Austen Chamberlein werde seine bevorstehende Reise nach Genf benutzen, um nach Paris zu gehen, um dort mit den französischen Staatsmännern die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

In London will man auch wissen, daß die deutsche Regierung kürzlich den Wunsch nach Wiederernennung eines deutschen Verbindungsoffiziers zwischen der Rheinland-Oberkommission und den deutschen Stellen geäußert habe. In London und Brüssel sei man diesem Vorschlag nicht abgeneigt. Die britische Regierung, sagen die „Times" in einem offenbar von unterrichteter Stelle beeinflußten Artikel, wird die Gelegenheit begrüßen, auf einer Konferenz mit den anderen Alliierten die „komplizirten Punkte" des Berichtes, die Vorschläge der Kontrollkommission und vor allem die Forderungen an Deutschland wie auch deren Form zu besprechen. Während der inoffiziellen Verhandlungen, die im Augenblick zwischen London und Paris vor sich gehen, soll die britische Regierung nicht länger darauf bestehen, daß man im voraus ein Datum für die Räumung Kölns festsetzt. Sie halte aber nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß die Räumungsfrage nicht mit der französischen Sicherheitsfrage verquickt werden dürfe.

*

Was man in Paris sagt.

Das „Echo de Paris" meldet, London und Paris seien sich nicht einig. Die englische Regierung wünsche über die Abrüstung Deutschlands und die Räumung der Kölner Zone keine Entscheidung zu treffen, ehe nicht die Vertreter Deutschlands Gelegenheit erhalten hätten, ihre Erklärungen vorzubringen. Die englische Regierung sei bereit, in der Form ein Zugeständnis zu machen, indem sie anerkennt, daß erst die Alliierten sich über ihren Beschluß einigen müßten, und daß danach erst, also vor der praktischen Ausführung der Entschlüsse, die deutschen Delegierten gehört werden sollen.

Das von jeher mit Deutschfeindlichkeit paradierende „Echo de Paris" ist betrübt über die Entwicklung und ist deshalb gegen die Konferenz mit Anhörung Deutschlands. Mildere Töne findet „Ere Nouvelle". Mit großer Entschiedenheit wird hier für die Konferenz eingetreten. Die Fragen der Abrüstung und der Sicherheit müßten endlich einmal offen besprochen werden und die „internationale Formel sei bei der Lösung der nationalen Formel vorzuziehen." Die Engländer wünschen die Zulassung Deutschlands, die in Frankreich noch von verschiedenen Seiten bestritten werde. „Ere Nouvelle" führt aus, Herriot nehme bezüglich der Zuziehung Deutschlands einen freieren Standpunkt ein als die geschworenen Nationalisten.

obwohl doch in der deutschen Demokratie das Volk es ist, das letzten Endes verantwortlich ist für die Regierung, die es sich wählte. Die Volksvertretung selbst scheint zu versagen, hat zuviel mit innerpolitischen Kämpfen sich zu beschäftigen. Es ist zu wenig, darauf in feierlicher Rede hinzuweisen, daß wir außenpolitisch eigentlich alle derselben Meinung sind; das Wort ist zu wenig, die Tat ist alles. Schlimm wäre es, wenn die deutsche Regierung aus Gründen innerpolitischer Differenzen gehemmt würde in ihrer außenpolitischen Arbeit. Und dabei ist nicht zu vergessen, daß wir zum dritten den selbstverständlichen Standpunkt allüberall geltend machen: In die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands hat sich kein ausländischer Staat einzumischen, ebensowenig wie wir das im umgekehrten Falle tun. Will man ehrlich genommen werden, dann ziehe man gefälligst aus diesen Worten im Ausland auch die notwendigen Folgerungen.

Einst hat der damalige Minister Roon an den preußischen Gesandten und präsumtiven Ministerpräsidenten Bismarck nach Paris telegraphiert: „Periculum in mora! Dépêchez-vous!" „Gefahr im Verzuge! Beeilen Sie sich!" Daran möchte man heute die maßgebenden Männer Deutschlands erinnern.

Der erkrankte Reichspräsident.

Zufriedenstellendes Befinden des Patienten.

Nach den im Laufe des Mittwoch herausgegebenen Krankheitsberichten nimmt die Krankheit des Reichspräsidenten einen normalen Verlauf. Temperatur, Puls und Allgemeinbefinden sind zufriedenstellend. Allerdings wird von den Ärzten noch immer hervorgehoben, daß die Krise noch nicht vorüber sei. Besuche darf der Patient nach wie vor nicht empfangen, nur die nächsten Angehörigen werden für kurze Zeit vorgelassen, da der Kranke noch immer sehr geschwächt ist.

Barmats Wohnung und Helwigs Honorar

Berlin, 25. Februar.

Im Preußischen Untersuchungsausschuß sprach man über die Wohnungsangelegenheit eines der Brüder Barmat. Regierungsrat Krüger hatte die Beschaffung dieser Wohnung in einem schriftlichen Bericht höchst abfällig beurteilt. Der jetzt vernommene Charlottenburger Stadtsekretär Thieme, der nach Krügers Diktat den Bericht geschrieben hat, sagt jedoch aus, daß die Sache lange nicht so schlimm gewesen sei, wie Krüger es dargestellt habe. Er persönlich sei anderer Ansicht gewesen, aber er sei von Krüger, einmal sogar unter Androhung eines Disziplinarverfahrens, immer wieder ersucht worden, ungünstig zu berichten. Nach Erledigung dieser Wohnungsgeschichte wurden die wiederholt besprochenen

Schiedsgerichtshonorare zweier Seehandlungsherren,

der Geheimräte Dr. Helwig und Dr. Rühe, aufs Tapet gebracht. Zur Sache wurde der frühere General von Livonius, derzeit Aufsichtsrat und Berater im Michael-Konzern, gehört. Dr. Helwig und Dr. Rühe hatten mit Erlaubnis des Direktoriums der Seehandlung, dem sie damals selbst angehörten, in einer Streitsache Kutisker-Michael das Schiedsrichteramt übernommen und dafür (man befand sich bereits in der Inflationszeit) ein Honorar von je 200 000 Mark erhalten. Das Honorar war auch für die damaligen Geldzuwachstage recht hoch, zumal wenn man bedenkt, daß — wie man jetzt erst erfährt — der Hauptteil der Schiedsgerichtsarbeit, die im wesentlichen in schwierigen Zinsberechnungen bestand, von Unterbeamten der Staatsbank geleistet wurde. Diese Unterbeamten aber haben nicht einen Pfennig bekommen. General von Livonius konstatierte im übrigen, daß vor dem Schiedsspruch von einer Honorierung der Schiedsrichter nicht die Rede gewesen ist.

*

Ein Barmat aus der Haft entlassen.

Berlin, 25. Februar. Auf Beschluß des Kammergerichts ist gestern der jüngste der Brüder Barmat, der 21jährige Handelshochschüler Isaak Barmat, aus der Haft entlassen worden. Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Strafkammer hatten vorher die Haftentlassung abgelehnt. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit auch der älteste Barmat aus der Haft entlassen, so daß sich jetzt noch zwei Brüder Barmat im Untersuchungsgefängnis befinden.

Es sei bei dieser Gelegenheit noch bemerkt, daß am 19. August 1924 die Barmat-Gruppe in das Kuratorium der Preußischen Hypothekenaktienbank eingetreten ist. Nach der Vossischen Zeitung wurde damals u. a. auch der preußische Landtagsabgeordnete Freiherr v. Papen in den Vorstand gewählt. Freiherr v. Papen ist anläßlich der letzten Abstimmung über das Kabinett Marx viel genannt worden. Er ist einer der beiden Zentrumsabgeordneten, die bei dem Vertrauensantrag für Marx sich aus dem Landtage entfernt hatten.

*

Die Landespfandbriefanstalt.

Der Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Vorkommnisse bei der Landespfandbriefanstalt setzte seine Verhandlungen fort. Geheimrat Nehring sagte weiter aus und erklärte, daß er nicht bankmäßig vorgebildet sei. Er betonte, daß die zuständigen Referenten von ihm in der Häuserspekulationssache wenigstens inoffiziell orientiert worden seien. Der frühere Direktor bei der Landespfandbriefanstalt Lüders teilte mit, daß bei der Frage der Protestierung von Wechseln des Herrn v. Zitzewitz Geheimrat Nehring sich gegen die Protestierung ausgesprochen habe, da v. Zitzewitz ausgezeichnete Beziehungen zum Finanzministerium besitze.

Obstruktion im Tschekaprozeß.

(12. Verhandlungstag.) § Leipzig, 25. Februar.

Die heutige Sitzung im Tschekaprozeß begann der Vorsitzende mit der Mitteilung, daß, nachdem die Wahlverteidiger ohne Genehmigung des Gerichts den Saal verlassen haben, nach dem Gesetz Offizialverteidiger zu bestellen waren. Es seien vier Rechtsanwälte dazu ernannt worden. Hierauf fuhr der Vorsitzende in der Verlesung des Geständnisses des Angeklagten Szon fort. Dieser erklärte jedoch, daß er jede Aussage verweigere. Hierauf kam unter Protest des Angeklagten Poege, der ebenfalls jede Aussage verweigerte, ein Geständnis zur Verlesung, das Poege als Zeuge in einer badischen Sache abgelegt hatte. Darin äußert sich Poege ausführlich über den Aufbau einer roten Armee, deren Organisation in den Händen des „Turkestaners", des Russen August Kleine, lag. In Stettin sollte Poege das Verkehrs-, Telegraphen- und Funkwesen organisieren, wurde aber, da er keine Spezialkenntnisse hatte, zurückgesandt. Die Sitzung wurde darauf unterbrochen, da der Angeklagte Poege erklärte, daß er nicht mehr folgen könne. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung soll der Angeklagte Mörsner vernommen werden, aber auch er macht Obstruktion. Es wurden infolgedessen nur die Protokolle über Mörsners frühere Vernehmungen verlesen.

Die vorläufig „zurückgetretenen" Wahlverteidiger der Angeklagten haben jetzt persönlich

beim Reichsjustizminister

gegen das Vorgehen des Vorsitzenden, vor allem gegen die gewaltsame Entfernung des Reichsanwalts Dr. Samter, Einspruch erhoben. Es haben sich ihnen hierbei Vertreter der strafrechtlichen Vereinigung der Rechtsanwälte angeschlossen, diese aus grundsätzlichen Gründen und ohne sich mit dem Verhalten Dr. Samters einverstanden zu erklären.

*

Politischer Diebstahl.

Berlin, 25. Februar. Ein Einbruchsdiebstahl, der hier bei dem Tschekaverteidiger Reichstagsabgeordneten Dr. Rosenfeld begangen wurde, hat sich bei näherer Prüfung der Sache als ein politischer Diebstahl herausgestellt. Die Diebe haben einen Schreibtisch erbrochen und die sehr zahlreichen Papiere, die auf dem Schreibtisch lagen, bis ins einzelne durchgesehen. Nachweislich mitgenommen haben sie aber von allen Papieren nur einige auf Rußland bezügliche Schriftstücke. Diese sollen jedoch auf den Prozeß in Leipzig keinen Bezug haben.

Christenfeindliche Bewegung in China.

Kommunistische Propaganda gegen die Missionare.

In China hat eine große kirchenfeindliche Bewegung eingesetzt, die von der kommunistischen Regierung in Moskau geleitet wird. Zahllose chinesische Kommunisten ziehen durch das Land und gründen atheistische Klubs. Die Propaganda ist gleichmäßig gegen die protestantische und katholische Religon gerichtet.

Mit Moskauer Geld hat die chinesische Kommunistenpartei eine große Druckerei in Peking errichtet, die nun tausende Broschüren gegen die christlichen Missionare in China veröffentlicht.

Die russische Presse, namentlich Iswestija, veröffentlicht Briefe aus der Sowjetbotschaft in Peking, worin es u. a. heißt, die antichristliche Bewegung in China habe sich mit der chinesischen Nationalbewegung vereinigt zu dem Zwecke, alle kapitalistischen Ausbeuter aus dem Lande zu entfernen.

Griechisch-südslawisches Bündnis.

Ein Abkommen gegen die Türkei.

Zwischen Südslawien und Griechenland ist ein neues gegen die Türkei gerichtetes Abwehrbündnis geschlossen worden. Das Bündnis ist von Wichtigkeit, da Serbien noch nicht den Friedensvertrag mit der Türkei unterzeichnet hat und Griechenland sich dadurch die volle Mitwirkung Südslawiens im Falle eines Krieges mit der Türkei sichert. Die britische Regierung billigt das Abkommen, das ihrer Ansicht nach das Gleichgewicht auf dem Balkan aufrechterhalten wird und ein Gegengewicht zu der Türkei und zu Italien bilden soll.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Für Linderung der Kreditnot.

Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtages ersucht in einem Urantrage das Staatsministerium, zur Linderung der Kreditnot von Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, bzw. soweit deren Durchführung zur Zuständigkeit des Reiches gehört, auf die Reichsregierung im Sinne der Vorschläge einzuwirken. Es handelt sich zunächst um Maßnahmen zur unmittelbaren Herabsetzung der Zinssätze. Die Gelder der Reichspost und der Reichsbahn sollen der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse sowie anderen öffentlichen Kreditanstalten unmittelbar übergeben werden. An sonstigen Maßnahmen zur Besserung der Kreditlage werden gefordert die beschleunigte Errichtung der Rentenbankkreditanstalt, Durchführung der Bestimmung, wonach die öffentlichen Sparkassen sich bei Anlegung ihrer Gelder auf ihren Geschäftsbezirk zu beschränken haben, sowie ähnliche Maßnahmen für die Versicherungsanstalten.

Bürgerlicher Wahlsieg bei den thüringischen Wahlen.

Wie das Thüringische Parlament mitteilt, hatte in den Stadtkreisen das Landes Thüringen die Linke (Sozialdemokraten und Kommunisten) vor der jetzigen Wahl 139 Abgeordnete, jetzt 136, mithin hat sie 3 verloren. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien verfügten in den Stadtkreisen bisher über 169 Vertreter, jetzt 174, mithin haben sie 5 gewonnen. In den Landkreisen hatte die Linke früher 97 Vertreter, jetzt 87, also hat sie 10 verloren. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien hatten früher 119 Vertreter, jetzt haben sie 137, also 18 gewonnen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Zu den Gesetzentwürfen über die Steuerreform hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut den Antrag eingebracht, die Steuerlisten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit durch die öffentliche Kontrolle Steuerhinterziehungen entgegengewirkt werde.

Berlin. Zum Leiter der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die am 1. März d. J. in Berlin beginnen werden, ist der Staatssekretär Lewald ernannt worden.

Berlin. Dem Preußischen Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen bis zum 31. März 1926 zugegangen.

Dresden. Im sächsischen Landtag wurde ein von den Kommunisten eingebrachter Mißtrauensantrag gegen den sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hannover. Der Bund „Saarverein" wird am 6. und 7. Juni seine jährliche Bundestagung in Hannover abhalten.

Hagen. Dr. Karl Schneider, der Generalsekretär der Friedensgesellschaft-Hagen, ist auf telegraphische Anordnung des Oberreichsanwalts in Leipzig gestern aus der Haft entlassen worden.

Saarbrücken. Die wiederholten Beschwerden der deutschen Organisationen über den von der Saarregierung ausgeübten Zwang, deutsche Kinder im Saargebiet in französische Schulen zu schicken, haben jetzt den Erfolg gehabt, daß die Regierungskommission es den Eltern freigestellt hat, welche Schulen ihre Kinder besuchen können.

Wien. Durch Ankündigungen in hiesigen Zeitungen werden Lehrer, Professoren und Ingenieure deutsch-österreichischer Nationalität von den Franzosen gesucht für Dienstleistungen im Saargebiet und in Elsaß-Lothringen. Den Lehrern werden bei zehnjähriger Dienstverpflichtung 1000 Frank, den Lehrerinnen 600 Frank monatliches Gehalt angeboten.

London. Wie aus Peking berichtet wird, schreibt die japanische Gesandtschaft, in die sich der ehemalige Kaiser von China geflüchtet hatte, die plötzliche Abreise des Kaisers drohenden Artikeln chinesischer Zeitungen zu. Die Gesandschaft glaubt, daß der frühere Kaiser beabsichtigt, in Tientsin zu bleiben.

Vermischte Drahtnachrichten aus aller Welt.

Zwischenfall im Barmat-Ausschuß.

Berlin, 25. Februar. In der heutigen Nachmittagssitzung des preußischen Barmat-Ausschusses kam es nach weiteren Vernehmungen über Barmats Wohnungsangelegenheit zu einem kleinen Zwischenfall, als der Vorsitzende Dr. Leidig abgerufen wurde und der deutschnationale Abg. Dr. Deerberg den Vorsitz übernahm. Die Sozialdemokraten beantragten Vertagung der Verhandlungen. Der Antrag wurde abgelehnt. Dafür stimmten nur die Sozialdemokraten und ein Teil des Zentrums. Die meisten sozialdemokratischen Ausschußmitglieder verließen darauf den Sitzungssaal.

Der Prozeß gegen die württembergischen Kommunisten.

Leipzig, 25. Februar. Vor dem 2. Straffenat des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik begann der zweite große Kommunistenprozeß gegen die württembergischen Kommunisten. Angeklagt sind der Landtagsabgeordnete Eugen Haller, der Bauunternehmer Josef Ulmenschneider, der Feinmechaniker Jakob Salan, der Glasbläser Paul Finkbeiner, der Zimmermann Friedrich Woelde, der Glasbläser Paul Siegwart, der Bahnarbeiter Wilhelm Woerner. Alle Angeklagten haben sich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat und Waffendiebstahls zu verantworten.

Prozeß gegen den kommunistischen Parteisekretär Reimann.

Leipzig, 25. Februar. Vor dem dritten Straffenat des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik hatte sich der kommunistische Parteisekretär August Reimann aus Striegau in Schlesien wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Der Sekretär erklärte, daß alle Vorbereitungen gegen einen Überfall von Faschisten getroffen worden wären.

Ein Begnadigungsantrag für Zeigner.

Dresden, 25. Februar. Von der sozialdemokratischen Minderheitsfraktion ist dem Landtag ein Antrag zugegangen, der vom Gesamtministerium die Begnadigung des ehemaligen Ministerpräsidenten fordert.

Ein Schwerverbrecher erschossen.

Kottbus, 25. Februar. Hier wurde heute nacht der wegen schweren Raubes gesuchte und aus dem Sorauer Gefängnis entsprungene Arbeiter Bruck bei einem Einbruch von der Schutzpolizei überrascht und, da er zu fliehen versuchte, durch Schüsse getötet.

Eröffnung der Grenzmarkausstellung Schneidemühl.

Schneidemühl, 25. Februar. In Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden und führenden Persönlichkeiten des gesamten ostmärkischen Wirtschaftslebens ferner einer Zahl Ehrengäste aus der Grenzmark und den Nachbarprovinzen wurde die Grenzmarkausstellung für Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk und Kunst auf dem Gelände der Albatros-Werke in Schneidemühl eröffnet.

Polen läßt 75 Militärflugzeuge bauen.

Posen, 25. Februar. Auf dem Flugplatz in Lawica bei Posen fand die Taufe des ersten in der hiesigen Flugzeugfabrik „Samelot" erbauten Militärflugzeuges statt. Das polnische Kriegsministerium hat bei der Posener Fabrik 75 Flugzeuge bestellt. Die Fabrik hat bisher drei Apparate fertiggestellt. Neun weitere Flugzeuge werden in kürzester Zeit abgeliefert werden.

Der japanisch-russische Vertrag ratifiziert.

Paris, 25. Februar. Nach einer Havasmeldung aus Tokio hat der japanische Reichstag den russisch-japanischen Bündnisvertrag ratifiziert.

Ein glücklicher Erfinder.

Lausanne, 25. Februar. Eine englische Mehlfirma hat für 1 Million Schweizer Frank das Patent des Schweizer Bäckers Matti erworben, das ermöglicht, die Herstellung von Militärzwieback bedeutend zu verbilligen.

Sturmkatastrophe in Westeuropa.

London, 25. Februar. In allen Gebieten Englands herrschten heftige Stürme, begleitet von Schnee und Hagel. Auf dem Kanal tobte ein Südsturm, der zeitweilig die Geschwindigkeit von 60 Meilen in der Stunde erreichte. Der Dampferverkehr nach Frankreich gestaltete sich infolgedessen sehr schwierig, alle Fischerboote mußten in den Häfen Schutz suchen. Gewaltige Sturzseen brachen über die Kaianlagen in Folkestone und Dover. Auch an den Küsten Frankreichs toben heftige Stürme, die zahlreiche Opfer unter der Schiffahrt gefordert haben.

Kommunistische Massenverhaftungen in Bulgarien.

Sofia, 25. Februar. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, eine große kommunistische Organisation, namentlich in den Städten Stara-Zagora, Plowdiw, Jamboli, Warna und Burgas aufzudecken, sowie vieles Belastungsmaterial, zu beschlagnahmen. Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung sind 70 Personen verhaftet worden.

Aufstand in Kurdistan.

Angora, 25. Februar. Ein gewisser Scheik Said hat unter dem Vorwand religiöser Gründe einen Aufstand in Kurdistan entfacht. Die türkische Regierung hat zur Wiederherstellung der Ordnung scharfe Maßnahmen ergriffen und den Belagerungszustand in dem fraglichen Gebiet verkündet.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 27. Februar.

Sonnenaufgang	6^{54}	Mondaufgang	9^{4} V.
Sonnenuntergang	5^{33}	Monduntergang	10^{55} N.

1814 Sieg der Verbündeten bei Bar sur Aube. — 1901 Industrieller v. Haßler, Reichsrat, in Augsburg gest.

☐ **Die Steuerzahlung am 28. Februar nicht versäumen!** Verschiedentlich ist in den letzten Tagen den Steuerpflichtigen der Rat gegeben worden, die am 15. Februar fällige erste Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer 1925 nicht zu entrichten, da nach dem Entwurf des neuen Vermögenssteuergesetzes als Vorauszahlungen für das Jahr 1925 nur die Hälfte des für das Kalenderjahr 1924 festgesetzten Steuerbetrages erhoben werden solle und die Entrichtung von je ein Viertel für den 15. Mai und den 15. November vorgesehen sei. Hierzu ist zu bemerken, daß der Entwurf des neuen Vermögenssteuergesetzes noch nicht Gesetz und dem Reichstag noch nicht einmal zugegangen ist. Für die Vorauszahlungen ist also nach wie vor ausschließlich der § 29 Abs. 2 des Vermögenssteuergesetzes maßgebend. Danach war für 1925 als erste Vorauszahlung am 15. Februar ein Viertel der Vermögenssteuer 1924 zu entrichten. Wann weitere Vorauszahlungen für 1925 zu entrichten sind, wird der Reichstag bei der Beratung des neuen Vermögenssteuergesetzes zu beschließen haben. Steuerpflichtige, die ihre Vermögenssteuervorauszahlungen unter Berücksichtigung der verlängerten Schonfrist nicht spätestens bis zum 28. Februar entrichten, setzen sich der Erhebung von Verzugszuschlägen und auch der Gefahr der zwangsweisen Beitreibung aus.

Versiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

41. Fortsetzung. Nachdruck verboten

„Ich weiß es nicht, Tante Ewald. Nun ist ja alles anders. Die 800 oder 900 Mark Zinsen im Jahre bedeuten ja viel für mich. Wenn ich nun irgend etwas lerne, brauche ich mich doch nicht so sehr einzuschränken. Kann mehr für mich leben, brauche mich nicht so zu übereilen mit allem. Aber ich glaube doch, daß ich etwas lernen will."

Die alte Dame umschlang liebevoll das junge Mädchen.

„Gewiß, Marie-Luise. Vielleicht ist es gut so. Aber nun brauchst du das alles nicht zu überstürzen, keine übereilten Entschlüsse zu fassen. — Was nur Klaus sagen wird?"

Marie-Luises Hand zuckte in der Hand der alten Dame.

„Klaus!"

Sie sagte weiter nichts als das eine Wort, aber es lag in dem Ton eine tiefe Mutlosigkeit.

„Wir haben uns um dich gesorgt, Kind", sagte Frau Ewald liebevoll. „Wir beide, Klaus und ich, wir reden von nichts anderem als von dir, möchten dir beide so gerne helfen, dir alles leichter machen, dir die Wege ins Leben ebnen. Das kannst du glauben. Klaus hat dich sehr lieb."

Ein Leuchten kam einen Augenblick in Marie-Luises Augen, und mit unsicherer, zaghafter Stimme fragte sie:

„Glaubst du, Tante?"

Frau Ewald legte ihre Arme um den Hals Marie-Luises. Sie mußte sich dazu ein wenig recken, das junge Mädchen war größer als sie. Und dann zog sie sie zu sich herab und küßte sie innig auf den Mund.

„Ich weiß es, Kind."

Marie-Luise seufzte tief auf. Dann sagte sie rasch und verwirrt:

„Frau Schneider zieht jetzt zu mir. Ich habe es schon mit ihr abgemacht. Wenn dies nicht gekommen wäre, wäre es ja das beste gewesen, so bald als möglich fortzugehen. Nun siedelt sie mit ihren sieben Sachen zu mir über. Ich bin dann nicht so allein. Und sie weiß so vieles zu erzählen von den Eltern. Das tut mir so wohl. Ich habe schon daran gedacht, Tante Magnussen für eine kurze Zeit einzuladen; aber ich bin wieder davon abgekommen. Sie ist wohl auch zur Kur in Nauheim; es wäre auch zu viel verlangt, ihren Aufenthalt dort um meinetwillen zu unterbrechen. Und ehrlich gestanden, es wird mir nicht recht wohl bei dem Gedanken. Das ist häßlich von mir; sie war damals in Berlin doch sehr freundlich zu mir. Aber es ist stärker als ich."

„Möchtest du nicht nach Hasselrode gehen?" fragte Frau Ewald. Mit Erstaunen sah sie, wie Marie-Luise errötete und auffallend hastig erwiderte:

„Ach nein, Tante, zu Ostwalds nicht."

„Und warum nicht?"

Marie-Luise wurde so verlegen, daß die alte Dame nun wirklich aufmerksam wurde.

„Ich — nein — lieber nicht. Da ist — da sind —" Sie stotterte beinahe, bis sie es herausbrachte. „Es sind zu viele Menschen da, Tante Ewald, zu viel Lärm und Lustigkeit. Da würde ich stören mit meinen schwarzen Kleidern und meiner Trauer im Herzen."

Sie vermied, dem Blick der alten Dame zu begegnen, und dieser kam es vor, als sei die Lebhaftigkeit, mit der Marie-Luise jetzt von anderen Dingen sprach, ein wenig erkünstelt. Sonderbar, was hatte sie nur, und warum wollte sie nicht zu ihrer Freundin? Es wäre doch eigentlich so natürlich gewesen.

Als Frau Ewald ihrem Sohn später davon erzählte, sah sie, daß auch er ganz betroffen wurde. Aber auf ihre Frage gab er eine ausweichende Antwort. Die Rückzahlung der alten Schuld an Marie-Luise erregte ihn augenscheinlich sehr. Mit befremdetem Gesicht hörte er der Erzählung seiner Mutter zu.

„Sonderbar, warum nennt der Mann nicht seinen Namen, umgibt sich mit solcher Geheimniskrämerei?"

„Das ist doch sehr natürlich," meinte seine Mutter eifrig. „Wenn er sich so lange Zeit gelassen hat zur Rückzahlung."

Klaus schüttelte den Kopf.

„Höchst seltsam! Wenn er schon früher in der Lage war, zurückzuzahlen, warum tat er es nicht früher?"

Er sah nachdenklich vor sich hin.

„Und wenn er jetzt in der Lage ist, warum tut er es nicht selbst?"

„Wir wollen uns den Kopf nicht darüber zerbrechen. Jedenfalls ist es für Marie-Luise ein Glücksfall ersten Ranges. Sie kann doch jetzt wenigstens wieder leben, wie sie will. So oder so, ohne ihr Kapital angreifen und ohne auf einen Mann warten zu müssen."

Klaus nickte gedankenvoll. Seine Mutter ging zu ihm hin und schüttelte ihn leise an der Schulter.

„Versäume nur nicht dein Glück, mein Junge, sonst kommt die Reue, wenn es zu spät ist."

*

Marie-Luise war nun doch nach Hasselrode gegangen. Frau Ostwald war selber gekommen, und ihr Sträuben hatte ihr nichts genützt. Die alte Dame wurde ernstlich beleidigt und ließ ihre Gründe nicht gelten. Aber sie stimmte doch erst zu, als Frau Ostwald nebenbei erwähnte, daß Enno Boysen für vierzehn Tage verreist sei. Er besuche einen Freund. Da die Ernte vorüber war, konnte er ja auch abkommen. Die dicke Mama Ostwald lächelte gutmütig.

„Na, bis jetzt sind wir ja auch ohne den Baron Boysen fertig geworden, so wird es diesmal auch gehen."

(Fortsetzung folgt.)

Spiel und Sport.

Sp. Sport auf Briefmarken. Eine einzigartige Serie von Briefmarken wird jetzt in Ungarn ausgegeben. Die einzelnen Werte zeigen Darstellungen, die den wichtigsten Sportarten gewidmet sind. Man sieht da Skifahrer, Schlittschuhläufer, Schwimmer, einen Fußballmatch, Schnelläufer und andere. Die Marken werden im Postverkehr Verwendung finden, sollen aber mit einem Aufschlag verkauft werden, dessen Ertrag zur Förderung der Leibesübungen in Ungarn dienen soll.

In eigener Sache.

In einer anscheinend fingierten Briefkasten-Mitteilung der Nr. 47 der „Rundschau“ sucht eren Verleger, Herr Sonnenburg, unseren Faschingsartikel über seinen Bericht in der Nr. 45: „Ein ungewöhnlicher Vorgang“ mit einigen, seiner Eigenart entsprechenden Kraftworten abzutun. Der betr. Artikel lautet:

„Ein ungewöhnlicher Vorgang ereignete sich in Bad Warmbrunn in der Gemeindevertretersitzung am Freitag. Mitten in der Tagesordnung erbat und erhielt Rechtsanwalt Doniges das Wort zu einer Erklärung, in der er ausführte, daß zwei Mitglieder der Gemeindevertretung, nämlich Schöffe Leipelt und er selbst, in der „Haus- und Grundbesitzer-Zeitung für das Riesengebirge“ wegen einer Mietprozeßsache angegriffen worden seien. Die Darstellung dieser Angelegenheit in der betreffenden Zeitung entspräche aber, wie Herr Doniges des längeren darlegte, nicht den Tatsachen. Beide Herren sähen von einer Berichtigung ab, weil Faschingszeit sei und je die betr. Nummer der Zeitung als Faschingsnummer aufgefaßt hätten. Auf die weiteren Aeußerungen des Herrn Doniges einzugehen, in denen er u. a. auch den Gemeindevertreter Sonnenburg als Verleger der Hausbesitzer-Zeitung bezeichnete, was aber nicht den Tatsachen entspricht, liegt für uns kein Grund vor. Wir wollen hier nur feststellen, daß diese Erklärung mitten in der Tagesordnung erfolgte und daß sie vom Vorsteher geduldet wurde, ein Fall, der wohl in deutschen Landen selten sein dürfte, denn die Angelegenheit stand zur Tagesordnung in keinerlei Beziehung. Da es sich um einen Schöffen und einen Gemeindevertreter handelte, die aber nicht in ihrer Eigenschaft als solche, sondern als Privatleute von einer Zeitung angegriffen worden sind, so hätte man allenfalls die Sache noch hinnehmen können, wenn sie am Schluß der Sitzung zum Vortrag gebracht worden wäre, aber mitten in der Tagesordnung Privatangelegenheiten zweier Personen zu besprechen, die zufällig dem Ortsparlament angehören, das ist zweifellos ein ungewöhnlicher Fall, der, wenn er Schule machen sollte, ungeahnte Perspektiven eröffnet.“

Der Unterschied zwischen unserem Artikel und der des Herrn Sonnenburg über diesen Vorgang ist nur der, daß die Berichte des Herrn Sonnenburg in den Nrn. 45, 46 und 47 seiner Zeitung über die Vorkommnisse in der letzten Gemeindevertretersitzung vielfach als unfreiwillige Fastnachtsscherze aufgefaßt worden sind, während unser Artikel, der den Groll des Herrn Sonnenburg erweckt hat, ein beabsichtigter Faschingsscherz gewesen ist. Jetzt, nachdem die Faschingszeit aber vorüber ist, wollen wir mit unserem Herrn Kollegen aber doch einmal ein ernstes Wort reden, besonders über die Art der Berichterstattung, die er sich uns gegenüber und der Tätigkeit des Herrn Gemeindevorstehers erlaubt. Er glaubt wahrscheinlich, aus der Tatsache, daß seine Anzapfungen des Gemeindevorstehers und einzelner Mitglieder in der Gemeindevertretung prinzipiell keiner Antwort gewürdigt werden, alles behaupten zu können, was ihm in seinen Kram paßt. So ist es ein starkes Stück, wenn er in dem Artikel „Ein ungewöhnlicher Vorgang“, der natürlich in erster Linie seine Person betraf, behauptet, daß diese Erklärung „mitten in der Tagesordnung“ erfolgte. Es waren in dieser Sitzung 16 Herren anwesend außer ihm, die sämtlich bezeugen können, daß diese Erklärung, die wir untenstehend abdrucken, nicht mitten in der Tagesordnung, sondern am Schluß derselben erfolgt ist. Es stand nur noch ein Punkt zur Beratung, der aber ursprünglich in geheimer Sitzung verhandelt werden sollte, und da Herr Doniges Wert darauf legte, diese Erklärung in öffentlicher Sitzung abgeben zu können, so wurde dieselbe vor dem letzten Punkt der Beschlußsachen verlesen. Aus dieser, an sich nebensächlichen Tatsache eine Haupt- und Staatsaktion zu machen, kennzeichnet die Gesinnung des Artikelschreibers. Daß dem Herrn Sonnenburg diese Erklärung peinlich gewesen ist, kann man sich leicht denken, seine gewundenen Antworten darauf: „er wäre nicht mehr Verleger dieses Blättchens“, wurden dadurch wiederlegt, das ihm gesagt wurde, er trüge auch als Drucker für solche Hetzartikel nicht nur die moralische, sondern auch die preßgesetzliche Verantwortung.

In dem Artikel „Ortsbehördliche Wahlverbesserung“, der von Entstellungen wimmelt, zu deren Widerlegung uns die Druckerschwärze leid tut, verschweigt der Herr Berichterstatter aber vollständig, daß er ganz genau weiß, weshalb von beteiligter Seite eine Umrangierung in der Reihenfolge des Wahlvorschlages vorgenommen worden ist. Er weiß, daß eine solche hauptsächlich deshalb vorgenommen wurde, weil in die Gemeindevertretung bereits zwei Lehrer gewählt worden sind und als nächster Anwärter auf der Wahlvorschlagsliste wieder ein Lehrer verzeichnet war und daß auch die Herren Gastwirte Wert darauf legen, im Gemeinde-Parlament vertreten zu sein. Er gibt selbst zu, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages eine gesetzlich festgelegte Berechtigung haben, die Wahlvorschläge in der Reihenfolge zu ändern, aber er macht trotzdem den Bürgern, die von diesem Recht aus wohl erwogenen Gründen Gebrauch machen, den Vorwurf von Quertreibereien“. Ja, meint denn Herr Sonnenburg nur ausschließlich das Recht zu haben, die Zusammensetzung der Gemeindevertretung allein bestimmen zu können?. Nach seinem bisherigen Verhalten scheint es fast so; denn daß man gegen den Herrn Gastwirt Rösler, der zunächst als Mitglied der Gemeindevertretung ausersehen worden war, jetzt auf einmal Stimmung gemacht wird, weil er schwerhörig wäre, ist nichts anderes als ein plausibler Vorwand, denn schwerhörig war Herr Rösler schon, als er von Herrn Sonnenburg gewürdigt wurde, als Kandidat der Wirtschaftspartei an 10. Stelle aufgenommen zu werden. Der uns bekannte wahre Grund ist ein ganz anderer und wird vielleicht zu gegebener Zeit einmal bekannt gemacht werden.

Große Heiterkeit hat es in dieser Sitzung erregt, daß Herr Sonnenburg durch diesen von ihm herbeigeführten Beschluß, einen Kandidaten seiner eigenen Liste um sein Anrecht in der Gemeindevertretung gebracht hat. Es wirkt fast komisch, daß Herr Sonnenburg auf einmal solchen Wert auf „weiße Westen“ legt, obwohl er in der letzten Sitzung gehört hat, welche triftigen Gründe vorliegen, denn seine persönliche Meinung ist doch noch lange nicht die der ganzen Wählerschaft, und er wird sich schon daran gewöhnen müssen, auch eine gegenteilige Meinung zu respektieren, wenn es ihm auch bei seinem bekannten Selbstbewußtsein vielleicht schwer fallen dürfte. — Man pflegt zu sagen: „Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“. Auch wir werden auf weitere Anzapfungen des Herrn Sonnenburg vorläufig nicht reagieren, sollte er aber wieder das Bedürfnis fühlen, in seiner Zeitung uns durch Briefkastennotizen oder andere Mitteilungen anzufeinden, so werden wir uns dagegen ganz energisch zu wehren wissen.

Die Schriftleitung.

*

Erklärung.

Namens des Herrn Gemeindeschöffen Leipelt und im eigenen Namen gebe ich folgende Erklärung ab:

In der am 15. Februar 1925 erschienenen Nr. 2 der im Verlage und Druck des Herrn Adolf Sonnenburg und unter Schriftleitung des Herrn R. Schober in zwangloser Folge erscheinenden „Haus- und Grundbesitzer-Zeitung für das Riesengebirge“ befindet sich unter der Rubrik „Aus dem Kreise Hirschberg“ an erster Stelle folgende Notiz:

„Vor Gericht wollte uns Rechtsanwalt Doniges, Bad Warmbrunn, nicht als Vertreter des Hausbesitzerstandes anerkennen, weil wir gegen die Hausbesitzer Leipelt, Bad Warmbrunn, und Raschdau, Herischdorf, aufgetreten seien. Wir haben erklärt, daß wir nie und nimmer vor Rechtsanwalt Doniges die Segel streichen werden und daß es Wege gibt, ihn zu zwingen, mit uns zu verhandeln. Und weiter haben wir erklärt, daß es Rechtsanwalt Doniges den Hausbesitzern überlassen muß, wen diese mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen wollen. Wir erblickten unsere Aufgabe darin, für die berechtigten Forderungen der Hausbesitzer einzutreten, niemals aber für Hausbesitzer uns ins Zeug legten, die unberechtigte Forderungen stellen oder Sonderinteressen verfolgen. Daraus ergebe sich, daß wir, wo es notwendig erscheine, auch gegen Hausbesitzer auftreten. Wir werden über die Fälle Leipelt, Bad Warmbrunn und Raschdau, Herischdorf, in der nächsten Nummer ausführlich berichten.“

Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit. Richtig ist vielmehr folgendes:

In einer Klagesache des Hausbesitzers Herrn Max Leipelt gegen eine Mieterin wegen rückständiger Miete für die Zeit vom 1. Juli 1923 bis Ende Oktober 1924 stand am 11. Dezember 1924 vor dem Amtsgericht Hirschberg Termin an. Der Hausbesitzer Herr Leipelt wird in diesem Prozeß durch mich vertreten. Für die verklagte Mieterin meldete sich Herr R. Schober aus Herischdorf, welcher unter der Bezeichnung „uns“ und „wir“ in der angezogenen Notiz sich wahrscheinlich selber meint. Ich beantragte, diesen Herrn zur Prozeßvertretung einer Mieterin nicht zuzulassen, da Herr Schober das Verhandeln vor Gericht gewerbsmäßig oder zum mindesten gewohnheitsmäßig betreibe und auch als Vertreter einer Mieterin nicht die Vergünstigungen des Mieterschutzgesetzes für sich in Anspruch nehmen könne, wonach Vertreter von Hausbesitzer-Organisationen zum Verhandeln vor Gericht zugelassen werden müssen. Ich sprach Herrn Schober gleichzeitig auch die Fähigkeit ab, in sachlicher Form Hausbesitzer-Interessen zu vertreten, und legte zur Begründung hierfür dem Gericht das nachstehende, von Herrn Schober und Herrn Lange an mich gerichtete Schreiben des Bundes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine des Stadt- und Landkreises Hirschberg vom 16. September 1924 in einer Sache der von den genannten Herren vertretenen Mieterin Arndt gegen den Hausbesitzer Exzellenz Raschdau vor. Dieses Schreiben lautet wörtlich:

„Bund der Haus- und Grundbesitzer-Vereine des Stadt- und Landkreises Hirschberg Schles.
Geschäftsstelle Herischdorf, Bahnhofstraße 4.

Herischdorf, den 16. September 1924.

Herrn Rechtsanwalt und Notar Doniges
Warmbrunn.

In Sachen Raschdau gegen Arndt ist uns Ihre Mitteilung an das Gericht durch Frau Arndt zur Weiterbearbeitung übergeben worden.

Auch wir werden für beschleunigte Zuweisung einer Wohnung an Frau Rechtsanwalt Arndt eintreten, damit die Raschdau'schen Häuser so schnell als möglich für einige kinderreiche Familien frei werden. Diese Häuser sind bisher geschont worden und wir werden nach Kräften dafür eintreten, daß diese Häuser auch endlich einmal den Segen der Zwangswirtschaft spüren.

Hochachtungsvoll

Schober. Lange.“

Das Amtsgericht gab meinem Antrage statt und ließ Herrn Schober zur Vertretung der Mieterin nicht zu.

Beweis: Zeugnis des Herrn Amtsgerichtsrat Bondiek in Hirschberg.

Herr Schober protestierte natürlich dagegen in schwülstigster Weise und stellte eine Beschwerde gegen den Beschluß des Amtsgerichts in Aussicht. Auf meinen eigenen Antrag wurde die Sache auf den 13. Januar 1925 vertagt, um der Mieterin Gelegenheit zu geben, sich durch einen Rechtsanwalt — event. im Armenrecht — vertreten zu lassen. Bis zu diesem neuen Termin hat Herr Schober aber weder die angekündigte Beschwerde eingelegt, noch für Vertretung seiner Klientin durch einen Rechtsanwalt Sorge getragen. Es ist daher im Termin am 13. Januar gegen die Mieterin Versäumnisurteil ergangen.

Beweis: Akten J. C. 974-24 des Amtsgerichts Hirschberg.

Die Mieterin hat sich dann an mich selbst gewandt, die Ansprüche des Herrn Leipelt am 6. Februar 1925 mir gegenüber mündlich als berechtigt anerkannt und an diesem Tage Zahlungen auf die Klageforderung und die Kosten geleistet.

Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, daß Herr Schober durch einen Rechtsanwalt am 9. Februar 1925, also drei Tage später, wegen eines Teilbetrages gegen das Versäumnisurteil Einspruch eingelegt hat, daß die Mieterin Frau Walter selbst aber durch Schreiben vom 14. Februar 1925 an mich ihre Zahlungspflicht nochmals anerkannt und wegen des Restes um kurze Stundung gebeten hat.

Es kann also keine Rede davon sein, daß Herr Leipelt als Hausbesitzer „unberechtigte Forderungen gestellt oder Sonderinteressen verfolgt“ oder daß ich mich für solche Forderungen „ins Zeug gelegt habe“.

Herr Gemeindeschöffe Leipelt und ich sehen aus verständlichen Gründen davon ab, von unserer aus dem Preßgesetz sich ergebenden Befugnis zur Berichtigung der Notiz in dem Organ der Herren Sonnenburg und Schober Gebrauch zu machen oder uns mit diesen Herren vor Gericht zu stellen. Wir begnügen uns damit, die haltlosen und ungehörigen Angriffe gegen einen Gemeindeschöffen und einen Gemeindevertreter in der hier gewählten Form vor der Gemeindevertretung zurückzuweisen. Dies umsomehr, als aus dem Zeitpunkte des Erscheinens der Nr. 2 des Organs der Herren Sonnenburg und Schober in der Faschingszeit und dem übrigen teilweisen Inhalt dieser Nummer vielleicht zu entnehmen ist, daß es sich um eine Faschingsnummer handeln soll, zumal die tendenziöse Art der Aufmachung des übrigen Inhalts der Rubrik „Aus dem Kreise Hirschberg“ in mancher Hinsicht unwillkürlich an die Art von Tendenzblättern, wie z. B. das vor Jahren in Berlin erschienene Wochenblatt „Die große Schnauze“ und ähnliche Blätter erinnert.

Um Entstellungen des Wortlauts der hiermit abgegebenen Erklärungen vorzubeugen, wird dem Herrn Verleger und Drucker Adolf Sonnenburg eine Niederschrift dieser Erklärung hiermit vor der Gemeindevertretung überreicht. Weitere Abschriften stehen gern zur Verfügung.

Bad Warmbrunn, den 20. Februar 1925.

---

* 25jähriges Amtsjubiläum. Am 28. Februar begeht Herr Pastor Kuske sein 25jähriges Amtsjubiläum. Als Sohn eines Pastors in Löwen in Schlesien wurde er am 1. April 1875 geboren. Schulpflichtig besuchte er das Gymnasium in Brieg und verbrachte seine Universitätsjahre in Halle und Breslau. Nachdem er am 28. Februar 1900 ordiniert hatte, kam er als Pastor nach Oberau, Kreis Lüben, wo er jedoch nur kurze Zeit blieb, da er nach Lüben versetzt wurde. Am 23. April 1917 kam dann Herr Pastor Kuske zu uns nach Warmbrunn, anstelle des verstorbenen Herrn Pastor Schwab. Viel Kummer und Leid brachte das letzte Kriegsjahr und die darauf folgende Revolution auch den Mitgliedern der evangelischen Pfarrgemeinde, und viel Not galt es dem Seelsorger zu lindern. Auch außerhalb der Kirche erfreut sich der Jubilar allseitiger Beliebtheit, denn stets ist er zur Stelle, wenn es gilt, zum Wohl der Allgemeinheit beizutragen. Von einer offiziellen Jubiläumsfeier wird abgesehen, da sie dem schlichten Charakter des Jubilars nicht liegt. Trotzdem dürften die Mitglieder der Gemeinden Warmbrunn und Herischdorf regste Teilnahme an dieser Jubelfeier bekunden.

* Die „Liedertafel“ feierte am Sonnabend ihr 83. Stiftungsfest mit einem „Baudenfest in der Hampelbaude“. Die Räume waren stilecht hergestellt, es fehlten weder die bunten Teller und Becher an der Wand, noch das große Butterfaß. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Schönfeld, begrüßte als Baudenwirt in humoristischer Rede die Festteilnehmer. Die Sänger antworteten mit einem frisch-frohen Lied, worauf die Baudenkapelle einige Tänze spielte. Im Verlaufe des Abends erschien Rübezahl, seine Teichniren und Zwerge zu Tanz und Spiel. — Sangesbruder Dülser wurde im Verlaufe des Abends für 25jährige Mitgliedschaft zum Ehrenmitglied ernannt. Herrn Kantor Haensel wurde ein Präsentkorb überreicht zum Dank für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit als Liedermeister. Ein nettes Singspiel, „Roman in der Waschküche“ fand freudige Aufnahme. Herr Lehrer Berger ließ einige Bauerntänze aufführen, zu denen schöne Trachten getragen wurden. In all den Frohsinn mischte sich plötzlich ein „Kapuziner“ und hielt der ausgelassenen Gesellschaft eine strenge humoristische Strafpredigt. Die Stimmung sank merklich um einige Grade, bis Herr Ebeling und Frau E. Werner mit einem musikalischen Vortrag sie wieder aufbesserte. Das Duett vom „Vaterlosen Zwillingspaar“, gesungen von den Herren Ebeling und Wenige, löste allgemeine Heiterkeit aus. Zwei Kärntnerlieder als Doppelquartett erfreuten die Zuhörer. Das Baudenmuseum erfreute sich eines regen Zuspruches ebenso das — Zollamt. In fröhlichster Faschingsstimmung blieben die Festteilnehmer lange, lange beisammen.

* Der M.-G.-V. Harmonie hatte am Fastnachtdienstag seine Mitglieder nebst ihren Angehörigen zu einem Teeabend in den Brauereisaal, der Stätte seiner Gründung, eingeladen, an dem sie sich zahlreich beteiligten. Während die Damen äußerst zahlreich in Maskenkostümen vertreten waren, war dies nur bei wenigen Herren der Fall. Liedermeister und Vorsitzender hielten Begrüßungsansprachen. Die Sänger trugen zwei Männerchöre vor. „Ein Kongreß der Dienstboten“ wurde von einer Anzahl junger Damen aufgeführt und erzielte größte Heiterkeit. Den Damen des Vereins wurde im Verlaufe des Abends der übliche Tee (daher der Name Teeabend) mit Pfannkuchen serviert. Die Stimmung der Festteilnehmer war eine vorzügliche.

* Eine Versammlung der Schrebergärtner fand am gestrigen Mittwoch abend im Hotel „Viktoria“ statt. Nachdem allgemeine Mitteilungen, insonderheit darüber gemacht worden waren, daß ein Teil des bisherigen Pachtlandes nicht weiter abgegeben werden könne, wurden die Vertrauensleute bezw. deren Stellvertreter gewählt. Es sind dies die Herren Urban (Kindler) für Kolonie 1, Rudolf (Klingbeil) für Kolonie 2, Rothe (Walter) für Kolonie 3, Stelzer (Seeliger) für Kolonie 4. Die Vertrauensmänner sagten zu, zur Entlastung des Kassierers (Herrn Stelzer), sich in ihren Kolonien auch um das Einkassieren der Beiträge zu kümmern. Im weiteren Verlauf der überraschend kurzen Sitzung wurde von verschiedenen Seiten darüber geklagt, daß der Pachtzins viel zu hoch sei und in keinem Verhältnis zu den erzielten Beträgen stehe. Eine Herabsetzung der Pachtzinsen erfolgte jedoch nicht, vielmehr gab die Versammlung ihre Zustimmung zu der Beibehaltung der bisherigen Pachtgelder von 4 Pf. pro Quadratm. Wiesenflächen kosten die Hälfte (2 Pf.). Nachdem die Mehrzahl der Erschienenen ihre Pachtbeträge entrichtet und sich entfernt hatte, schien die Versammlung, ohne allerdings offiziell geschlossen worden zu sein, ihr Ende erreicht zu haben.

Die Ursache des Dortmunder Unglücks.

Gelsenkirchen, 25. Februar.

In der Hauptversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks A. G. gab Direktor Brandi, Dortmund, das Ergebnis der Untersuchungen über das Grubenunglück bekannt. Hiernach steht fest, daß das Unglück auf die Abgabe eines sogenannten Knappschusses zurückzuführen ist. Derartige Knappschüsse werden im gesamten Ruhrbezirk etwa 10 bis 20 Millionen im Jahr abgegeben, und es ist höchstens durchschnittlich vielleicht einmal im Jahre eine Explosion auf die Abgabe derartiger Schüsse zurückzuführen. Jedenfalls hat das Ergebnis der Untersuchung gezeigt, daß das Unglück weder durch Unterlassung irgendeiner Vorsichtmaßnahme von seiten der Verwaltung noch durch Leichtsinn eines Bergarbeiters hervorgerufen ist. Es handelt sich vielmehr um ein Zusammentreffen widriger Momente höherer Gewalt.

D-Züge mit Telephoneinrichtung.

Inbetriebnahme voraussichtlich im Mai

Auf der Strecke Berlin-Hamburg sollen im Mai spätestens Anfang Juni, die ersten mit einer Telephonanlage versehenen Schnellzüge dem Verkehr übergeben werden. Im Laufe des Jahres sollen dann nach und nach auch die übrigen Hauptstrecken Berlin—München Berlin—Stuttgart, Berlin—Frankfurt entsprechend ausgerüstet werden.

Jeder Fahrgast eines der zwischen Berlin und Hamburg verkehrenden D-Züge wird künftig vom Zug aus während der Fahrt, jeden beliebigen Teilnehmer in Deutschland anrufen können. Ebenso wird man imstande sein, von jeder Fernsprechstelle aus irgendeinen im Zuge fahrenden Bekannten telephonisch zu erreichen. Ferner wird man vom fahrenden Zuge aus irgendeinen sich gerade auch auf der Reise befindenden Bekannten anrufen können z. B. vom Zuge Berlin—Hamburg aus einen Fahrgast im Zuge Berlin-Frankfurt. Weiter wird man während der Reise Telegramme aufgeben können. Ebenso wird man von überallher an Bekannte in fahrenden Zügen telegraphieren können.

Erdbeben in Belgien und Holland.

Panik unter der Bevölkerung.

In der Provinz Lüttich und in Belgisch-Luxemburg wurde ein heftiges Erdbeben verspürt, das 30 Sekunden dauerte und von unterirdischem Donner begleitet war. Auch in Maastricht wurden Erdstöße von geringerer Heftigkeit verspürt. Das Erdbeben war das stärkste seit 1904 in Belgien. Am heftigsten war die Erschütterung in Hasselt und in den nördlichen Vororten von Brüssel. In einigen Orten bemächtigte sich der Bevölkerung eine große Panik. Die Einwohner stürzten auf das freie Feld und suchten zum Teil auch ihre Habe in Sicherheit zu bringen. In einzelnen Dörfern wurden Möbel und andere Gegenstände stark erschüttert oder umgeworfen. In Lanaeken, wo der Erdstoß besonders heftig war, wurden in mehreren Häusern Risse hervorgerufen. Das Erdbeben wurde auch in mehreren Ortschaften auf dem rechten Ufer der Maas gespürt. Der Erdbebenherd scheint in der Gegend von Limburg zu liegen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Das Urteil im Gewerkschaftsprozeß Geisler-Zimmermann.** Vor dem Schöffengericht Berlin-Moabit wurde der jahrelange Prozeß zwischen dem Abgeordneten Geisler und dem Gewerkschaftsredakteur Zimmermann abgeschlossen. Nach achtstündiger Verhandlung wurde folgende Entscheidung gefällt: Der von Herrn Zimmermann angebotene Wahrheitsbeweis ist nicht erbracht. Der Angeklagte wird in Wahrung berechtigter Interessen laut § 193 freigesprochen. Der in der Widerklage beklagte Abgeordnete Geisler wird ebenfalls unter Zubilligung des Schutzes des § 193 freigesprochen.

§ **Beginn eines größeren Kommunistenprozesses.** In Beuthen begann vor dem Großen Schöffengericht ein Prozeß gegen 33 Kommunisten. Den Beschuldigten wird u. a. zur Last gelegt, sich im Jahre 1923 in Beuthen an einer geheimen und staatsfeindlichen Verbindung beteiligt zu haben, die das Ziel verfolgte, die verfassungsmäßig festgelegte republikanische Staatsform des Reiches und Preußens gewaltsam zu ändern. Nach erfolgtem Namensaufruf und Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wird die Öffentlichkeit wegen der Besorgnis der Gefährdung der Staatssicherheit für die Dauer der ganzen Verhandlung ausgeschlossen.

§ **Das Urteil im Berliner Paßfälscherprozeß.** In dem Prozeß wegen der Paßfälschungen bei der Paßstelle des Berliner Bezirksamts Tiergarten und beim Revier II wurden die Angeklagten entgegen den beantragten Zuchthausstrafen zu folgenden Gefängnisstrafen verurteilt: Polizeiassistent Schulz zu 1 Jahr und 100 Mark Geldstrafe, Zierrath, Goemer und Wannagat zu je acht Monaten, Polizeihauptwachtmeister Cöllner und Polizeiassistent Schwarz zu je fünf Monaten. Der Angeklagte Feldmann wurde wegen fortgesetzter Anstiftung zu acht Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden mangels Beweises freigesprochen.

§ **Das Urteil im Breslauer Falschmünzerprozeß.** In dem großen Falschmünzerprozeß, der vier Tage lang das Große Breslauer Schöffengericht beschäftigte, wurden die Hauptangeklagten, der Lehrer Nowak aus Beuthen und der Schlosser Gebhardt aus Leipzig, zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Von den verbleibenden 27 Angeklagten wurden drei freigesprochen, während auf die übrigen Beschuldigten unter Zubilligung mildernder Umstände ein Strafmaß von zwei Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis zuerkannt wurde.

§ **Weitere belgische Kriegsgerichtsurteile.** Das Kriegsgericht verurteilte in Abwesenheit den Major von Sommerfeld zum Tode, den Soldaten Masseveld, den Eisenbahnbeamten Karl Klauser, den Landjäger Fritz Schwede, den Hauptmann Kanck und den Berliner Richter Georg Gasner zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

§ **Beschimpfung der Republik.** Wegen Beschimpfung der Republik wurde der verantwortliche Redakteur der Roten Fahne Wilhelm Liese vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Beantragt war ein Monat Gefängnis. Die strafbare Handlung wurde in einem Artikel mit der Überschrift „Die Verhältnisse in dieser Republik stinken zum Himmel" gefunden.

§ **Ein Reichsbankrat zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.** Vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. hatten sich der Reichsbankrat Carl Leonhard, der Effektenmakler Max Kaufmann und der Privatbankier Wilhelm Rohde wegen betrügerischer Manipulationen zum Nachteil der Reichsbank zu verantworten. Während das Verfahren gegen Rohde abgetrennt wurde, da Rohde sich in Ägypten aufhält, wurde der Reichsbankrat Leonhard wegen Betruges, Bestechung und Amtsunterschlagung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Die gleiche Strafe erhielt der Effektenmakler Kaufmann.

Nah und Fern.

○ **Ein ungewöhnliches Faschingsgeschenk.** Ein gerade nicht alltäglicher Zwischenfall ereignete sich auf einem Faschingsfest in Rathenow. Dort betrat eine weibliche Maske den Saal, in den Armen ein großes Paket. Schnurstracks ging die maskierte Gestalt auf eine junge Mechanikersfrau zu und überreichte ihr das Paket. Beim Öffnen fand die junge Frau einen etwa 1½ Jahre alten Knaben. Es war das uneheliche Kind ihres Ehemannes das er ihr zartfühlend verschwiegen hatte. Es kam zu einer wenig erbaulichen Szene, denn niemand wollte das Kind in dem Faschingstrubel behalten, bis schließlich die Polizei den Knaben zur Wache brachte.

⊙ **Von einer Lawine verschüttet.** Aus Kufstein wird gemeldet, daß auf einer längeren Skitour bei Landeck in Tirol der Diplomlandwirt Mangold und seine Gattin, die Inspektorstochter Maria Kischetsrieder und der Kaufmann Jordan von der Firma Steinweiß in Brannenburg von einer großen Lawine verschüttet wurden. Jordan konnte sich retten, die übrigen drei Touristen büßten ihr Leben ein. Die Leiche Mangolds ist noch nicht geborgen.

⊙ **350 jähriges Bestehen der deutsch-evangelischen Gemeinde in Kopenhagen.** Die deutsche evangelisch-lutherische Gemeinde in Kopenhagen beging in der festlich geschmückten St. Petrikirche die Feier ihres 350 jährigen Bestehens. Die Kirche war überfüllt. Zugegen waren u. a. das dänische Königspaar, der dänische Kirchenminister Dahl, der deutsche Gesandte sowie zahlreiche Vertreter der dänischen Geistlichkeit, der dänischen Behörden und des dänischen Geisteslebens.

⊙ **Großfeuer in Messina.** In Messina ist in der Nähe des Gerichtsgebäudes ein Brand ausgebrochen, der die Räume der Staatsanwaltschaft völlig zerstörte. Es wurden sämtliche Dokumente und Akten über die laufenden Untersuchungen vernichtet. Es scheint Brandstiftung vorzuliegen.

⊙ **25 000 Personen in Rußland an der Pest gestorben.** Nach einer Fourniermeldung aus Moskau sind, wie der amtliche Bericht des Gesundheitsausschusses feststellt, 25 000 Personen in Rußland an der Pest gestorben.

⊙ **Ein amerikanischer Dampfer von chinesischen Piraten überfallen.** Aus Peking wird gemeldet, daß chinesische Flußpiraten bei Ichang den amerikanischen Dampfer „Chi-Chuen" überfallen und die Besatzung gefangengenommen haben. Der amerikanische Konsul in Ichang hat unverzüglich bei den chinesischen Behörden protestiert und die sofortige Freilassung der Gefangenen gefordert.

○ **Gläubigerversammlung in Sachen Kutisker.** In den Konkursverfahren gegen den verhafteten Iwan Kutisker fand in Berlin eine Gläubigerversammlung statt. Der Konkursverwalter stellte die Vermögenslage Kutiskers als sehr ungünstig dar; es werde wohl für die Gläubiger so gut wie nichts herauskommen. Der aus der Haft vorgeführte Kutisker behauptete dagegen, daß es alles glatt und sogar noch mit Zinsen zurückzahlen würde, wenn man ihn nur aus der Haft entließe.

Bunte Tageschronik.

Mainz. Nach einem Maskenball schoß hier ein junger Kaufmann auf seine Geliebte, verletzte sie schwer und erschoß sich dann selbst.

London. Der für die Fahrt um die Welt bestimmte 20 000-Tonnen-Dampfer der Cunard-Linie „Corinthic" ist in Barrow-in-Furneß vom Stapel gelaufen.

Newyork. Der Gründer des Ku-Klux-Klans William Simmons ist in Atlanta bei einer Automobilfahrt tödlich verunglückt.

Newyork. Wie Reuter meldet, hat das Bankhaus Morgan 2½ Millionen Dollar in Gold nach Berlin gesandt. Dies sei der letzte Teil der 50 Millionen Dollar, die nach den Vereinbarungen über die letzte deutsche Anleihe von 110 Millionen Dollar nach Deutschland geschickt werden sollten.

Welt und Wissen.

w. **5000 Jahre alte Fingerabdrücke.** Die vom Britischen Museum in Gemeinschaft mit einer amerikanischen Universität ausgesandte englisch-amerikanische Expedition, die in Chaldäa arbeitet, hat, wie sie durch die Presse verkünden läßt, eine Entdeckung von hoher wissenschaftlicher Bedeutung gemacht: sie hat nämlich unter einer vor etwa 4100 Jahren von einem König Bur Sui (?) erbauten Mauer eine andere, weit ältere und primitiver gebaute Mauer gefunden. Diese Mauer weist zwar keinerlei Namenspuren auf, dafür aber zwei tief in Ton geprägte Fingerabdrücke. Die Gelehrten der Expedition nehmen an, daß die Mauer von einem chaldäischen König der zweiten Dynastie von Ur, der etwa 2800 Jahre v. Chr. regiert haben dürfte, errichtet worden ist. Wenn diese Annahme, die noch einer Nachprüfung bedarf, zutreffen sollte, hätte man es hier mit den ältesten bekanntgewordenen Fingerabdrücken zu tun.

Börse und Leben.

Amtliche Berliner Notierungen vom 25. Februar.

* **Börsenbericht.** Die nun schon seit mehreren Tagen andauernde Geschäftsstille hielt weiter an, die Umsatztätigkeit war wiederum ganz minimal. Während sich aber in den letzten Tagen das Kursniveau trotz der geringen Umsätze im wesentlichen behaupten konnte, gaben die Kurse nunmehr teilweise recht empfindlich nach. Auch am Markt der inländischen Anleihen überwog das Angebot und die Kurse bröckelten daher ab. Kriegsanleihe gab bis auf 0,68 nach. Tägliches Geld gab es zu 9—12 %, Monatsgeld zu 11—14 % bei überwiegendem Angebot.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 19,97 bis 20,02; holl. Gulden 168,09—168,51; Danz. 79,25 bis 79,45; franz. Frank 21,81—21,87; belg. 21,11—21,17; schweiz. 80,59—80,79; Italien 17,97—18,01; schwed. Krone 113,02—113,30; dän. 74,83—75,01; norweg. 63,82 bis 63,98; tschech. 12,43—12,47.

* **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: Rinder 1817, darunter Bullen 509, Ochsen 356, Kühe und Färsen 952, Kälber 3329, Schafe 5875, Schweine 11 218, Ziegen 12, Schweine aus dem Ausland 380. Preise: Ochsen a) 48—52, b) 42—45, c) 36 bis 40, d) 30—33; Bullen a) 44—46, b) 40—43, c) 36—38; Kühe und Färsen a) 46—50, b) 38—43, c) 30—35, d) 24—28, e) 20 bis 22; Fresser 32—37; Kälber a) —,—, b) 75—85, c) 60—70, d) 47—58, e) 40—45; Stallmastschafe a) 43—48, b) 35—40, c) bis 30; Schweine a) —,—, b) 64—65, c) 62—64, d) 59—61, e) bis 30; Schweine a) —,—, b) 64—65, c) 62—64, d) 59—61, e) 56—58, f) bis 55; Säue 58—61; Ziegen 15—20. Marktverlauf: Bei Rindern, Kälbern und Schafen ruhig, bei Schweinen langsam.

* **Produktenbörse.** Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	25. 2.	24. 2.		25. 2.	24. 2.
Weiz., märk.	251-258	253-260	Weizkl. f. Brl	14,9-15	15
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	14,9-15	15
Rogg., märk.	247-252	250-255	Raps	390	390
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	27-34	27-34
Futtergerste	215-238	215-238	kl. Speiseerbs	21-22	21-22
Braugerste	252-265	255-268	Futtererbsen	19-21	19-21
Hafer, märk.	186-193	187-193	Peluschken	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	19,5-21	19,5-21
westpreuß.	—	—	Wicken	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl			Lupin., blaue	12,2-13,7	12,2-13.7
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	14,5-16	14,5-16
Bln. br. inkl.			Seradella	15,2-16,5	14,2-16.5
Sack (feinst.			Rapskuchen	17,8-18,0	17,8-18,2
Mrk. ü. Not.)	34,7-37	35,2-37,2	Leinkuchen	23,6-24	23,8-24
Roggenmehl			Trockenschtzl.	9,3-9,5	9,3-9,5
p. 100 Kil. fr.			ow. Zuckschn.	—	—
Berlin br.			Torfml. 30/70	9.5	9,5-9.6
inkl. Sack	34,5-36.7	35-37	Kartoffelfl.	19.9-20	19.9-20

Vereins-Kalender.

Kolonial-Verein am 28. Februar im Lichtspielsaal des „Preußischen Hofes" Vortragsabend.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf Vollversammlung am 28. Februar im Kutzners Gasthaus, Herischdorf, abends 8 Uhr.

R.-G.-V., Ortsgruppe Warmbrunn. Sonnabend, den 28. Februar, Besichtigung des R.-G.-V.-Museums in Hirschberg. Gemeinsame Abfahrt um 2,21 Uhr vom Schloßplatz. Gäste willkommen.

Militär- und Kriegerverein, Sonntag, 1. März 1925 Volkstrauertag. Antreten zum Kirchgang 8¾ Uhr. Anzug wie bekannt. Vollzähliges Erscheinen Pflicht. Abends 8 Uhr Gedenkfeier in der Galerie.

Verein der Handwerksmeister. Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr: Wintervergnügen im „Schles. Adler".

Freibank

Freitag, den 27. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr findet im Freibanklokal (Klosterhof)

Verkauf von minderw. Rindfleisch statt.

Der Gemeindevorstand.

Mein Schweinskopf

Versand ist seit vielen Jahren berühmt.

Probepaket, 9 Pfund mit dicken Fettbacken frisch gepökelt Pfd. 50 Pf., geräuch. Pfd. 60 Pf. Von 30 Pfd. an 48 und 58 Pf. ab hier.

Garantie beste, keine amerikan. Ware.

W. Peter Pape, Fleischwarenfabrik, Hamburg 4 No. 89

Arbeitsmädchen

bei guter Bezahlung **sofort** gesucht

Warmbrunner Nachrichten

R.-G.-V.

Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf

Sonnabend, 28. Februar, nachmittags 3 Uhr:

Besichtigung

des R.-G.-V.-Museums in Hirschberg u. Führung von Herrn Dr. Grundmann

Abfahrt Schloßplatz 2.21 Uhr

Zu zahlr. Beteiligung ladet ein

Der Vorstand.

Den

Sonntag-Kaffee

kaufe ich nur bei

W. Zimpel

Inserieren bringt Gewinn

Aeußerst günstige Gelegenheit! Fabrikposten

2000 Stück Bettlaken

kommen zu folgenden Spottpreisen zum Verkauf:

Halbleinen:

130 × 200 das Stück 3.65 M.

130 × 200 vollweiß „ „ 3.90 „

146 × 220 „ „ 5.25 „

E. A. König, Promenade 2a

Auch andere sehr billige Gelegenheitskäufe in Wäsche aller Art.

Ia Eidersett-Käse

9 Pfund — 6 Mark franko

Dampf-Käse-Fabrik Rendsburg 550.

Steckenpferd-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul ist die beste **Lilienmilchseife** für zarte, weisse Haut und blendend schönen Teint. — Überall zu haben.

Hermann Jäschke, GERMANIA - DROGERIE, Warmbrunn

Verantwortlich für Reklamen und Inserate: Hans Paetzmann in Warmbrunn.